Detailansicht des Regelungsvorhabens

Gesetzliche Verpflichtung zur Akzeptanz digitaler Zahlungsmittel

Aktuell seit 04.11.2026 08:14:13

Angegeben von:
METRO AG (R002142) am 04.11.2026

Beschreibung:
Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht vor, schrittweise sicherzustellen, dass neben Bargeld mindestens eine digitale Zahlungsoption angeboten wird. METRO setzt sich dafür ein, dass diese geplante Akzeptanzpflicht digitaler Zahlungsmittel von Regelungen begleitet wird, die faire und transparente Gebührenstrukturen sicherstellen und zusätzliche Kostenbelastungen für Unternehmen vermeiden.

Betroffene Interessenbereiche (2)

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]